

Antrag 11 – AUGE/UG

Kommunale Grundversorgung sichern – Kommunale Dienste solidarisch finanzieren!

Der Antrag wurde dem BAK-Vorstand zur Behandlung zugewiesen und wie folgt behandelt:

Grundsätzlich ist dem Antrag und den meisten Forderungen zuzustimmen, eine Forderung bezieht sich allerdings auf die Erhöhung der Grundsteuer. Dabei wird nicht auf eine Nebenwirkung dieser Forderung eingegangen, nämlich die nach derzeitiger Rechtslage erfolgende Überwälzung einer so erhöhten Grundsteuer auf die Mieten. Diesem Problem müsste im Rahmen einer Anpassung der Grundsteuer durch Erhöhung der seit mehr als 20 Jahren unveränderten Einheitswerte Rechnung getragen werden.